

Wortführer

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 24. Februar 1932

Nummer 16

Forderungen der freien Gewerkschaften

(Vierte Tagung des Bundesausschusses des ADGB.)

(Schluß)

Die Verhandlungen wurden durch ein Referat von Fritz Tarnow (Holzarbeiterverband) über einen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung am 16. Februar fortgesetzt. (Da die Leser des „Korr.“ schon durch die Artikel zum gleichen Thema in Nr. 13 vom 13. Februar d. J. eingehend informiert sind, wird der nachstehende Bericht nur auf das wesentlichste bezüglich der erforderlichen Kreditausweitung begrenzt. Schriftleitung.) Tarnow sagte darüber folgendes: Die ökonomische und finanzielle Zukunft Deutschlands ist trübe. Die deutsche Ausfuhr wird weiter zurückgehen, ihre Verminderung um ein Drittel wird die Arbeitslosenzahl etwa um eine Million steigern. Den Tiefstand hat die deutsche Wirtschaft noch nicht erreicht, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. An baldige selbsttätige Erholung glaube ich nicht mehr. Die finanzielle Lage der Gemeinden, der Länder und des Reiches ist außerordentlich gespannt. Wir können nicht länger warten. Die Wahl — zu handeln oder abzuwarten — ist nicht mehr möglich. Wir müssen handeln und bewußt das machen, was früher automatisch bei der Überwindung der Krise geschehen ist. Weder von der Verbrauchsseite noch von der Seite der Produktionsmittelherzeugung kann in absehbarer Zeit eine Beseitigung von selbst kommen. Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen, und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand bestehen. Die öffentlichen Arbeiten müssen die früheren privatrechtlichen Investitionen ersetzen, die jedesmal beim Abfluß der Depressionskurve auftraten und der Wirtschaft den Belebungsschub gaben.

Die Schwierigkeit besteht in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Sie ist zwar nicht überschuldet, sie kann aber keine Kredite erhalten, weil das Kreditwesen der Welt vollständig desorganisiert ist. Das Verlangen des Kreditwesens hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden.

Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat.

Wir denken an die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Mark erfordern. Davon werden aber rund 600 Mill. M. von vornherein durch die freiwerdenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeitern hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1½ Proz. bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Die Amerikaner versuchen jetzt, ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch sie suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Kreditausweitung. Zwar ist die Lage Amerikas viel günstiger, als dies bei uns der Fall ist. Aber der größte Vorteil der Amerikaner besteht vielmehr darin, daß sie nicht so sehr wie wir die Wirtschaft durch die Theorie sehen und deswegen leichter den Mut finden, das zu tun, was durch die Lage geboten wird. Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kreditbeschaffung sehr starke Meinungsverschiedenheiten auch in unseren eignen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf be-

schränken, das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann ohne dem auf uns zu, es wird auch aus andern Gründen sehr bald akut werden, und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Aber das Wagemann-Projekt sprach sich dann der Direktor der Arbeiterbank, Dr. Wagemann, wie folgt aus: Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinssatz der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andre. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zutritt der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die goldene Regel der Banken verfehlt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt. Wenn dieses falsche Vorgehen bei den Banken ein Grund für die Verfehlung der Krise ist, was kann zur Abhilfe jetzt und für die Zukunft geschehen? Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weithin geschwunden, das Geldkapital wird gehortet und nicht als Einlagen in die Banken gegeben. Dieses Mißtrauen verstärkt die Krisenerregungen. In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Girogeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditverkehrs, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Verfehlung und er glaubt, das Girogeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden. Wie ist das möglich, insbesondere in der heutigen Situation? Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spitzenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das die Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 M. aufwärts und das Girogeld. Vor allem das Girogeld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein. Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumlaufs ausmachen. Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig. Es muß, so folgerte Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, das heißt, nur bis zu 500 M. angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbefristet in Zahlung nehmen, die Reichsbank ist verpflichtet, sie jederzeit in große Noten umzutauschen. Damit glaubt Wagemann das Scheidegeld und die kleinen Noten vor Unterwertigkeit zu schützen, ihre gleichmäßige Kaufkraft gegenüber der Ware ausrechtzuverhaften. Der Besitzer der kleinen Noten wäre daher in keiner Weise gefährdet. Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keinerlei Vermehrung des Notenumlaufs vor. Die Illiquidität der Banken ist bekanntlich zum wesentlichen Teil verursacht durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Eine Umschuldung, eine Fundierung der Schulden der öffentlichen Hand ist zwar angelehnt, aber nicht durchzuführen worden. Wagemann schlägt nun vor, daß die öffentliche Hand besondere Obligationen ausgibt, die von den Gläubigerinstitutionen durch Vermittlung eines Reichsinstituts der Reichsbank zugelassen werden. Diese gibt dagegen in erster Linie die von dem betreffenden Finanzinstitut eingereichten Finanzwechsel und, falls darüber hinaus noch eine Spanne bleibt, eigene Akzepte oder Warenwechsel zurück. Nur ein dann etwa verbleibender Rest wird auf Girokonto gutgeschrieben. Mit dieser ewigen Schuld soll also nicht eine Vermehrung des Geldumlaufs geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, der Wechselkreuzer wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen. Ein wesentliche Bremse gegen inflatio-

nistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Girogeld gewährleistet. 10 Proz. der Giroguthaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein. Die Umschuldung und Fundierung der öffentlichen Hand ist nicht möglich ohne Einbeziehung des Girogeldes in die Deckung. Mit der Währungsreform soll Hand in Hand gehen die Einrichtung besonderer Giroinstitute bei den Banken. Die Girokonten müssen jederzeit flüssig gehalten werden. Jetzt, wo der Zahlungsweser sich in Form von Giroüberweisungen vollzieht, ist diese Neuordnung notwendig. Diese neuen Bankabteilungen müssen von den andern Zweigen des Bankgeschäftes streng getrennt werden. Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Aufräumung der geforenen Geldleistungen. Die Finanzwechselschulden der Finanzinstitute müssen eingelöst werden. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unmöglichen Zustand würde abgeholfen werden. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des geforteten Geldkapitals, und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Als dritter Referent zum gleichen Thema wies der Mitarbeiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, Fritz Raphael, zunächst darauf hin, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenerregungen stärker betont werden muß als geschehen ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Verhütung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist der Wunsch von uns allen. Aber er enthält uns nicht der Prüfung, ob die Arbeitsbeschaffung in der geplanten Form der richtige Weg ist. Das Problem liegt bei der Finanzierung. Sie ist unklar. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Millionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Kreditbeschaffung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an, es kommt darauf an, wie die Goldreserve und die Anspannung der Notenbank ist. Wie ist die Situation bei unserer Reichsbank? Niemand kann der Leitung der Reichsbank im letzten halben Jahr Orthodoxy vorwerfen. Bis hier hat man durch die Kreditkrise gerissene Lücken in den Umlaufmitteln ausgefüllt. Auch heute wird dieses Verfahren aus der Notifikation heraus fortgesetzt. Aber wir bewegen uns am Rand des noch gerade Erträglichen. Und es ist die Frage, ob diese Kreditbeschaffung beliebig fortgesetzt werden kann. Wahrheitsgemäß wird man mindestens 3 Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Krisenführungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der physikalischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt als in andern Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann. Demgegenüber scheint es notwendig, auf dem normalen Anleiheweg der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei auch um das gefortete Geld in Höhe von etwa einer Milliarde Mark. Warum ist es gefortet? Aus Furcht davor, daß die Banken in irgendeiner möglichen Situation nicht zahlen. Diese Gelder geraten in schnelle Bewegung, sobald eine Inflationsfurcht um sich greift. Hier liegt die reale Gefahr für die Währung, die von Finanzierungsprojekten wie dem vorgeschlagenen ausgehen kann. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt, und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Vor Beginn der Aussprache verteidigte Tarnow noch einmal gegenüber den Einwänden Raphael's den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgeschlagene Finanzierung. Gewiß muß versucht werden, auch international nach einer Lösung zu suchen, aber das schließt weder aus, daß auch im Rahmen der nationalen Wirtschaft konstruktive Lösungen gefunden werden müssen,

nach macht es sie überflüssig. Das deutsche Kredit- und Währungssystem wird, wenn nichts Eingreifendes unternommen wird, die Belastungsprobe nicht aushalten. Die Festigte in den öffentlichen Haushalten wachsen, der Außenhandel schrumpft ein. Wie sollen wir, wenn diese Entwicklung fortschreitet, die Zahlung von jährlich 1,8 Milliarden aufbringen, zu denen uns das Stillhalteabkommen verpflichtet? Währungs- und kreditpolitische Maßnahmen werden bestimmt kommen, aber es ist viel gefährlicher, wenn sie auf Entschlüssen beruhen, die von Tag zu Tag gefasst werden, als wenn sie planmäßig vorbereitet sind. Eine Inflationsgefahr besteht nur subjektiv. Die Ereignisse des Sommers haben gezeigt, daß sie relativ schnell überwunden werden kann, wenn nicht eine Steigerung der Preise eintritt, wenn die befürchtete Inflation tatsächlich gar nicht kommt. Eine objektive Inflationsgefahr kann sich aus der Durchführung des von Wostinsky, Baade und ihm vertretenen Planes nicht entwickeln. Dagegen kann sie sich aus den Folgen der Deflation zwangsläufig ergeben. Denn die Deflation ruiniert die Wirtschaft wie die öffentlichen Haushalte und kann sehr leicht — wenn sich kein Ausweg mehr aus der Finanznot bietet — in die eigentliche Inflation umschlagen, nämlich in die Geldschöpfung für die Zwecke der öffentlichen Haushalte. Der normale Anseheweg liegt nur offen, wenn das Kredit-system normal funktioniert. Zwangsanleihen aber könnten in der heutigen Situation katastrophale Wirkung auf die Wirtschaft haben. Wir müssen daher in einer außergewöhnlichen Situation auch den Mut haben, für außergewöhnliche Maßnahmen einzutreten. Die Herabsetzung der Zinsen in der letzten Notverordnung war auch ein außergewöhnlicher Schritt, von dem ungünstige Folgen befürchtet wurden, die keineswegs eingetreten sind. Tarnow erklärte abschließend, daß er an dem Plan nach wie vor festhalte, daß es notwendig sei, ihn noch weiter in den Einzelheiten auszuarbeiten und Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen zu führen.

Zu der dann folgenden Aussprache über die erforderliche Arbeitsbeschaffung wurde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne. Die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß; gerade auf dem Gebiet der Bauwirtschaft, ohne deren Belebung die Anurberelung der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Zusperrern, Straßen, Damm- und Brückenbauten, insbesondere aber- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs usw. sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungsweesen ist nichts einzuwenden. Wenn aber gefordert wird, müssen die Siedlungsbauten nicht unter Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden. Der Massivbau muß gefördert werden, sonst kommt es nicht zu dauerhaften, handwerksmäßig hochgeführten Bauten. Der Sachverständigenrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für das Wohnungsweesen hat einen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet, der für zehn Jahre, vielseitig für Hunderttausende von Arbeitern Arbeit bringen soll. Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Das ist vom WGB. schon vor Monaten gefordert worden. Aus ihr würden über zwei Milliarden Mark gewonnen werden, die zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie zu einem Teil auch für den Wohnungsbau verwendet werden könnten. In einem Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung wird verlangt, daß durch Steuererträge (Kapitalertrag) auf dem Wege einer Anleihe, aus den Rückflüssen der Hauszinssteuer und den Abschlagsbeträgen der Hauszinssteuer hunderte Millionen freigemacht werden könnten für die Arbeitsbeschaffung im allgemeinen. Ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die Ermäßigung des Teiles der Miete, der schon nach dem Reichsmietengesetz vom Jahre 1922 für Instandhaltung der Altmwohnungen und Wohnungsfürer vorgehoben ist. In der Miete ist ein Reparaturanteil von mindestens 22 bis 23 Proz. enthalten, der bei einem Aufkommen von rund 6 Milliarden Mark Miete jährlich etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Mark betragen würde und der daher geeignet wäre, für eine große Anzahl von Bauarbeitern Arbeit zu beschaffen. Wenn auch der Bundesauschuß die zur Erörterung stehenden Probleme nicht selbst wird lösen können, so beschäftigt doch die Frage der Arbeitsbeschaffung die Gewerkschaften unangenehm. Diese Frage wird besonders darum außerordentlich wichtig, weil Deutschland nicht damit rechnen kann, die Aussicht auf der Höhe des vergangenen Jahres zu halten. Auch die Frühjahrsehebung wird keine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Es sind Mittel vorhanden gewesen für die Wänten und für die Landwirtschaft, dann müssen auch Mittel vorhanden sein für die Arbeitsbeschaffung. Wir können nicht warten, bis das internationale politische Mittrauen überwunden ist. Der Weg ist zu lang und die Zeit drängt. Wir müssen daher sorgen, daß die in der deutschen Volkswirtschaft ruhenden Kräfte in Bewegung gesetzt werden. Wir sind auch noch nicht am Ende mit der Entwicklung der arbeitsparenden Technik; auch darum haben wir in Zukunft mit weiterer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen.

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Wir rufen ins Land hinaus: das kapitalistische System sei am Ende seiner Fähigkeiten. Demgemäß müssen wir Lösungen im Sinne des Sozialismus

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Schuch in Mannheim
Eingetreten: 26. Februar 1882 — Jetzt Juwelier

suchen. Wir brauchen ein Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter. Eine große Zahl von konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben, so die durchgreifende Abschreibung der hohen, aus der gesunkenen Produktion nicht mehr verzinsbaren Anlagen der großen Industrie, können nur mit sozialistischen Mitteln erfüllt werden. Auch weite Kreise des Bürgertums sind heute sozialistischen Ideen zugänglich.

Zwei Milliarden Mark würden ausreichen für die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Ein großer Teil der Lohnkosten würde abgedeckt werden durch Ersparnisse an Unterhaltungen. An zusätzlichem Kredit wären höchstens 1,2 Milliarden Mark zur Verwirklichung dieses Planes erforderlich. Zusätzliche Kaufkraft von 1,2 Milliarden Mark würde jedoch die deutsche Währung nicht in Gefahr bringen. Wenn dagegen das Volk die Überzeugung gewinnen würde, die Regierung sei auf dem Weg, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, so würde das Vertrauen zum Staat wachsen.

Der Zeitpunkt für einen Krisenkongreß der deutschen Gewerkschaften sei jetzt gegeben. Die Gewerkschaften müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitslosigkeit ernsthaft zuzuwenden, sie müssen es sein, die sich der Föhrung bemächtigen bei dem Bestreben, Wege aus der Krise zu erschließen. Im Kampf für die Arbeitsbeschaffung dürfen wir die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhaltung des Reallohns nicht vergessen. Es dürfte nicht der Fall eintreten, daß die durch Arbeitsbeschaffung bewirkten Neueinstellungen von Arbeitern illusorisch gemacht werden durch so lange Arbeitszeiten. Andernteils wurde in der Diskussion davor gewarnt, die Gefahr der Inflation gering zu schätzen. Der Wagemann-Plan enthält Elemente, die gerade die Gewerkschaften reizen sollten, an der Ausgestaltung dieses Planes mitzuwirken; denn er stellt, um nur eines dieser Momente hervorzuheben, den Kreditapparat unter eine starke öffentliche Kontrolle. Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Sinne der vom Bundesauschuß erörterten Vorschläge sind in ihrer Wirkung abhängig von der Umgestaltung des Kredit-systems nach dem Plan Wagemanns. Dieser Plan hat — bildhaft ausgedrückt — im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung die Aufgabe, den Sumpf trocken zu legen und festen Boden, der geeignet ist, Unternehmungen zur Arbeitsbeschaffung zu tragen, erst zu schaffen.

Leipzick stellte am Schluß der Debatte fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, doch so weit geklärt worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können. Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschlieung, die wir schon an der Spitze der vorigen Nummer des „Korr.“ abgedruckt haben, wurde einstimmig angenommen.

Diese wie alle anderen Beratungen des Bundesauschusses waren getragen von dem entschlossenen Willen, die ganze Kraft der Bewegung einzusetzen, um die Forderungen des WGB. zur Anerkennung zu bringen und der Verwirklichung entgegenzuführen. Der Bundesauschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einsetzung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt. Damit waren die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen. Die dann noch vorzunehmende Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Bundesstasfiker fiel nach Vorschlag des Bundesvorstandes einstimmig auf den bisherigen Sekretär im Bundesbüro Ernst Schulze.

Korrespondenzen

Dresden. (Stereotypure und Galvano-plastiker.) Unsere Jahresversammlung am 31. Januar war sehr gut besucht. Der Vorsitzende begrüßte besonders die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder und Spartenvertreter sowie die Provinzialkollegen. Dann widmete er zwei im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf. Wiederrum konnte vier Kollegen für 25jährige Spartenzugehörigkeit das silberne Vereinszeichen überreicht werden. Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Eins der schwersten Krisenjahre liegt hinter uns. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stiegen zu einer noch nie gekannten Höhe an. Dem Kassierer wurde nach Erstattung des Kassenerichts einstimmig Entlastung erteilt. Die Beitragsfrage entsefelte eine rege Aussprache. Der Beitrag wurde in der bisherigen Höhe beibehalten. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung betonte der Vorsitzende, daß es mehr denn je geboten sei, eng und fest zusammenzuschließen, um gegenüber dem Ansturm der gesamten Reaktion auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung gewappnet zu sein.

Wiesbaden. In unserer Generalversammlung am 29. Januar warf Vorsitzender Durmeier einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, von dem infolge der verschärften Wirtschaftskrise wenig Tröstliches zu berichten ist. Zunahme der Erwerbslosigkeit und der Kurzarbeit, Anwachsen der Inadidenzahl, Rückgang der Einnahmen sind bedauerliche Erscheinungen auch hier. Es kann festgestellt werden, daß der Besuch der Versammlungen erfreulicherweise durchweg gut war. Für Erwerbslose wurde im vergangenen Jahr die für unsere Verhältnisse ansehnliche Summe von rund 4000 M. aufgewandt. Die Berichte des Kassierers, der Bibliothekare und der Beirungsleiter wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen und ihnen Entlastung erteilt, für Neuanstellungen und Instandhaltung der Bibliothek wurden 100 M. bewilligt. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher im letzten Jahr amtierenden Kollegen. Gegen wenige Stimmen wurde ein Antrag angenommen, überstunden, wenn schon nicht zu vermeiden, mit 50 Proz. wegzulassen. Ein Antrag, der sich mit der Notlage nichtbezugsberechtigter und in der Notstandsunterstützung ausgehewerter Kollegen beschäftigt und fordert, für diese Armeen unter den Armen eine laufende Beihilfe zu gewähren, wurde, um damit zusammenhängende Unklarheiten in zwischen zu klären, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Daß in dieser Richtung etwas geschehen muß, bewies am besten das Interesse, mit dem alle Redner dafür eintraten. Mit welcher Fähigkeit heute gegen tarifliche Rechte angegangen wird, bewies eine diesige Großdruckerei, die versuchte, die Schichtzuschläge exklusive Leistungslohn zu errechnen; inzwischen hat sie sich einsichtigerweise auf das tarifliche Gebeh besonnen.

Magdeburg. (Maschinenieker.) In unserer Generalversammlung am 24. Januar konnte der Vorsitzende seiner Freude über den starken Besuch Ausdruck geben. Anschließend gab er die geschäftlichen Mitteilungen bekannt; erwäntet den Austausch der Neuwahlswünsche, das Werbungsschreiben des Gewerkschafts-Gewerksvereins, wies auf das von den Korrektoren herausgegebene Mittheilung über Reichsfrieden hin und berichtete über die Unterstüzung unserer arbeitslosen Kollegen zu Weihnachen. Zu seinem Bedauern mußte der Vorsitzende auch davon Kenntnis geben, daß in dieser wirtschaftlich schweren Zeit, in der eine Herkunfts Pflicht gelte, sich doch einige Kollegen der Sparte entremdet hätten, und zwar aus ganz faher-scheinigen, nicht sittlichartigen Gründen. Nur ein fester Zusammenhalt könne die Kollegen gegen patrifachliche Übergriffe schützen, wie sie vorkommen sollen. So berichtete er über Dörsersleben, daß in einer dortigen Druckerei für ledige Kollegen ein zeitweises Heiratsverbot bestünde, respektive die Kollegen um Erlaubnis nachsuchen müßten, wenn sie heiraten wollten. In einem andern Dörserslebener Zeitungsbetrieb — das Blatt vertritt die Interessen des „Dritten Reiches“ — ist der Inhaber der Ansicht, der Arbeiter habe mit dem aufzrieden zu sein, was er ihm gebe, auch wenn er ihm nur ein paar Mark die Woche gebe, oder gar nichts, und die Lohnzahlung im allgemeinen auf Stottern erfolge. Zum zweiten Punkt: „Jahres- und Kassenericht“, berichtete der Vorsitzende, daß der Ort Magdeburg besonders stark von der Arbeitslosigkeit der Kollegen betroffen sei, bei betrage 60 Proz., während sich der Durchschnitt auf 30 Proz. belaufe. Die Hoffnung auf den Schiedspruch sei zu Wasser geworden, der Einführung der Bierzigstundenwoche würde sich zum fallen Lohnabbau auswirken. Die letzte Notverordnung habe nicht nur den Lohnabbau besetzt, sondern auch in die Überminimumbezahlung eingegriffen, und es hätten vereinzelt Kürzungen von 20 bis 25 Proz. stattgefunden. Dann gab der Vorsitzende noch ein Bild über die wirtschaftliche schlechte Lage im Gewerbe und verbreitete sich zum Schluß über die Veranstellungen im abgelaufenen Jahr. Bei der Vorstandswahl wurde auf Vorschlag der amtierenden Vorstand einstimmig wiedergewählt, ebenso die Technische Kommission und die beiden Kassenerwählern. Zum Punkt „Tarifliches“ nahm der Ortsvereinsvorsitzende, Kollege Wicke, das Wort. Er besprach die Gefahren der bevorstehenden Manteltarifbindung. Es sei nicht zu verkennen, daß von der Gegenseite eine allgemeine Abwaeselle gegen die über-tarifliche Bezahlung geplant würde. Dann wurden die Urteilsprüche der Arbeitsgerichte einer Kritik unterzogen und betont, daß sich die Arbeitsgerichte zum Unutzen des Gewerbes herausgebildet hätten. Unter „Technisches“ berichtete der Dömann der Technische Kommission über die verschiedenen technischen Veranstellungen und Vorträge und die Fortbildungskurse in der Kunstgewerbeschule. Zum Schluß gab Vorsitzender Wicke noch bekannt, daß die Frühjahrsbetriebsversammlung Anfang April in Magdeburg stattfinden werde.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 23. Januar referierte, nachdem eine Aufnahme vollzogen und eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt worden waren, der Vorsitzende des diesigen Ortsauschusses, Trumppflecker, über das Thema: „Die Vierte Notverordnung“. Der Referent führte aus: Was

große Kreise befürchteten, daß den vorangegangenen Notverordnungen eine neue folgen würde, die einen scharfen Eingriff in die berufliche Wirtschaft darstellten und als deren Schlußsatz bezeichnet werden müßte, ist eingetroffen. Er bezieht sich die vierte Notverordnung als ein Experiment. Sie sei infolge der finanziellen Notlage im Eiltempo erlassen und nicht gründlich durchdacht worden. Wegen die Verminderung ihres Realeinkommens haben alle Arbeiter Stellung zu nehmen. Sie können und dürfen diese Notverordnung nicht billigen. Sie bringt uns keine Befreiung, sondern neue Not. Momentan ist für die freie Gewerkschaftsbewegung kein Weg zu sehen, um eine Änderung zu erreichen. Zur Beseitigung derartiger Notverordnungen sind bessere politische und parlamentarische Machtverhältnisse notwendig, wofür wir weiter zu kämpfen und zu ringen haben. Zum Aufbau der Massenbewegung führe nur Arbeitszeitverkürzung und keine weitere Lohnsenkung. Die Kampfkraft zu stärken und zusammenzufassen, gegen Verzögerung anzukämpfen, das ist die Aufgabe aller, die an die Zukunft des Sozialismus glauben. Vorstehender Schramm knüpfte daran noch einige Worte und sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Da von letzterer, obwohl sie sehr gut besucht war, eine Diskussion nicht gewünscht wurde, konnte sie gegen sonstige Gepflogenheit frühzeitig geschlossen werden.

Marienburg (Westpr.). Inre Generalversammlung am 23. Januar wies einen guten Besuch auf; nur drei Kollegen fehlten unentschuldig. Vorstehender Parteileitende begrüßte die Erschienenen und gab verschiedene Eingänge bekannt. Besonders hervorzuheben ist das Rundschreiben des Verbandsvorstandes, in dem dieser die letzten abgehaltenen Unterstützungsleistungen begründete. Der Aufruf der Eisernen Front wurde hier lebhaft begrüßt. Jeder einzelne Kollege ist der Ansicht, daß die aus führlichen, Güts- und Fabrikbesitzern bestehende Nationalistische Arbeiter-Partei der sichere Untergang Deutschlands und der Arbeiterbewegung ist. Nur dadurch, daß alle Gewerkschaftler sich in die Eisernen Front einreihen, ist die Gewähr gegeben, daß die faschistische Gefahr abgewandt werden kann. Den Jahresbericht gab Schriftführer Grosser. Der Versammlungsbesuch war im allgemeinen befriedigend. Der außerordentlich starke Durchreisenderverkehr belastete unsern kleinen Ortsverein sehr. Der Bericht schloß mit der Aufforderung, im neuen Jahr erst recht dem Verband die Treue zu halten, damit der augenblickliche „Mut“ der Gegenseite bald kläglich zusammenbricht. Aus dem Bericht des Kassierers, Kollegen Hanert, war ersichtlich, daß die einzige ostpreussische Korrespondenzstelle Marienburg ganz ansehnliche Summen an die Durchreisenden gezahlt hat. Berücksichtigt man, daß jeder reisende Kollege zweimal die hiesige Gaststube passieren muß, dann kann man sich auch das Maß an Arbeit vorstellen, das Kollege Hanert im vergangenen Jahr bewältigt hat. Der Vorstand und die übrigen Ämter hüten befestigt wie bisher. Kollege Parteileitende dankte nach der Wiederwahl namens des Vorstandes für das Vertrauen und bat die Kollegen um tatkräftige Mitarbeit im neuen Jahr.

Minden (Westf.). In unserm gut besuchten Jahreshauptversammlung am 20. Januar erstattete Kollege Streminig den Jahresbericht, in dem er in kurzen Zügen die innerhalb des Ortsvereins geleistete Arbeit vorüberziehend lief. Der Mitgliederrat erhöhte sich von 117 auf 122. Der Versammlungsbesuch betrug 47 Proz. Außer 4 Invaliden hatten wir am Schluß des Jahres 33 arbeitslose Kollegen am Ort. An Weihnachtsunterstützungen wurden 280 M. aus der Ortskasse gezahlt. Diese Ausgabe wurde durch Extrabeiträge aufgebracht; da die Ortskasse infolge der unangünstigen Nebeneingehungen der großen Arbeitslosigkeit keine außergewöhnliche Anspruchnahme wertig. Allein die Betreuung der durchreisenden Kollegen erforderte — trotz Senkung der Sätze — 904 M. Die Berichte aus den einzelnen Sparten und der Lehrlingsabteilung zeugten von reger Tätigkeit. Eingehend wurden die jüngsten Maßnahmen des Verbandsvorstandes betreffs Neuregelung der Beiträge- und Unterstützungsleistungen behandelt. In der Aussprache zum Geschäftsbericht fehlte es nicht an Stimmen, die auf aktive Abwehrpolitik drängten. Von den Kollegen Schulz und Streminig wurden die Möglichkeiten einer solchen Abwehr, die leider durch die Zerlegungspolitik der Kommunisten und Nazis immer wieder unterbunden wird, hervorgehoben. Der Punkt „Vorstandswahl“ wurde rasch erledigt, da die bisherigen Vorstandsmitglieder bis auf einen Beisitzer einstimmig wiedergewählt wurden. Kollege Schulz behandelte dann noch an Hand praktischer Beispiele wichtige Schiedsamtentscheidungen, die in den letzten Gaumitteilungen enthalten waren.

Regensburg. Inre Generalversammlung am 23. Januar war von 98 Kollegen besucht. Nach Begrüßung durch den Vorstehenden Schindler gab dieser einen gedrängten Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, den er mit der behutsamen Mitteilung schloß, daß er infolge Verlegung ins Gäubüro seinen Vorstehendenposten zur Verfügung stellen müsse. Nach Erhaltung des Tätigkeitsberichts über die Verhlingsabteilung durch den zweiten Vorstehenden Krempel legte auch dieser seinen mit großem Eifer geführten Lehrlingsleiterposten und damit den des zweiten Vorstehenden aus Gesundheitsrücksichten nieder. Nach dem Kassienbericht und aller anderen Berichte erfolgte die Entlastung des Kassierers. Hierauf widmete Kollege Krempel dem scheidenden Kollegen Schindler herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung für seine fast 14jährige vorbildliche Tätigkeit als Ortsvorsitzender, wünschte ihm Glück für die neue Stellung und überreichte ihm als äußeres Zeichen des Dankes der Mitgliedschaft Regensburg ein schönes Andenken. Bei der nunmehr vor sich gehenden Vorstandswahl wurde als erster Vorstehender Kollege Krosch, als zweiter Vorstehender und Verhlingsleiter Kollege Garenig, im übrigen der alte Vorstand gewählt. Nach Genehmigung des Voranlages für 1932 hielt Kollege Jöllner ein interessantes Referat über die Auswirkung der Notverordnungen auf die Krankenkassen, das zeigte, daß man dem Bußel des Arbeiters allerdings zugunsten sich getraut. Nach Dankesworten an den Referenten schloß Vorstehender Schindler mit besten Wünschen für den Ortsverein Regensburg die harmonisch verlaufene Versammlung. Den beiden scheidenden Vorstehenden, ganz besonders unserm unermüdbaren Michael Schindler, herzlichsten Dank für das von ihnen Geleistete.

Schwerin i. M. (Handseker.) Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Vorstand alles mögliche versucht hat, den Kollegen etwas zu tun. Der Mitgliederstand ist stabil geblieben. Um die Bildungsbestrebungen zu fördern, wurde im Einvernehmen mit der Ortsgruppe des Bildungsvorstandes ein Filmbandapparat angeschafft. Die Arbeitslosigkeit war im ganzen Jahr unter den Spartenkollegen eine große. Zu Weihnachtsgaben haben wir den arbeitslosen Kollegen je 2 M. Die Berechnungskommission trat verschiedentlich zusammen, um besonders auswärtige Arbeiter zu berechnen. Der Jahresbericht wurde einstimmig gutgeheißen. Den Kassienbericht, der mit einem Saldo für das neue Jahr von 312 M. abschloß, gab der Kassierer. Mitgliederbestand 80 Kollegen. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ kam außer internen Angelegenheiten auch ein Antrag der Zentralkommission zur Sprache. Mit dem Hinweis, auch weiterhin der Sparte die Treue zu bewahren, fand die beschlossene Versammlung ihren Abschluß.

Stendal. Inre Jahreshauptversammlung am 23. Januar fand unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise. Nach Bekanntgabe der Eingänge machte Vorstehender Mühlner die Mitteilung, daß der schon überhandnehmende Materialaustausch durch ein nochmaliges Schreiben des Vorstandes an alle in Frage kommenden Geschäftleute bis zu 90 Proz. unterbunden sei. Anschließend erstattete er den Jahresbericht. Das Krisenjahr 1931 hat auch unsre Kampfstadt gemüht, aber nicht schlaggelegt. Die uns durch Notverordnung aufgezwungene Lohnreduzierung trifft besonders diejenigen Kollegen, die schon durch Kurzarbeit einen erheblichen Lohnausfall haben. Einige junge Kollegen hofften vergeblich, durch ihren Eintritt in die Metzgerei- und Bäckerei- und Brot zu finden. Am 14. November feierten wir das 25jährige Bestehen unseres Ortsvereins. Allen Kollegen, die das Fest versöhnten, sprach der Vorstehende Dank aus. Die Ende des Jahres mit der Firma „Tageszeitung“ gepflogenen Verhandlungen betreffs Teiltillung des Betriebs führten glücklicherweise nur zur Entlassung von vier Kollegen. Ein verlangter 50prozentiger Leistungsabbaubau in der Firma „Altmärker“ konnte auf 25 Proz. herabgemindert werden. Den Jahresbericht der Lehrlingsabteilung erstattete Kollege Bernhard. In 39 Zusammenkünften wurden die werbenden Buchdrucker in die schwarze Kunst eingeweiht. Unterrichts- und Kursausgaben wuchsen mit solchen allgemeinbildender und heiterer Art. Dem Kassierer Bockius wurde für musterhafte Kassienführung Entlastung erteilt. Infolge des schlechten Kassienbestandes der Ortskasse machte sich leider eine Herabsetzung des Biatlums für ausgeleitete Durchreisende nötig. Beschlossen wurde noch, Überstunden mit Rücksicht auf die arbeitslosen Kollegen (etwa 20 am Orte, das sind 25 Proz.) in Zukunft nur in äußersten Fällen nach Einwilligung der Betriebsvertretungen zu leisten. Der Vorstand wurde bis auf den Schriftführer und einen Beisitzer wiedergewählt und durch einen Lehrlingsauschuß erweitert. Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige interne Fragen erledigt.

Tilfit. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die den Verhältnissen gemäß gut besucht war. Vorstehender Jäube li gedachte zunächst eines verstorbenen Kollegen sowie des Kollegen Glaser vom Verbandsvorstand in ehrenden Worten. Anschließend kamen die Namen der im Weltkrieg gefallenen Kollegen zur Verlesung. Zum Jahresbericht selbst führte er aus, daß alle Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse nicht nur unerfüllt geblieben, sondern darüber hinaus hätten wir im vergangenen Jahr Augenblicke gehabt, wo wir direkt am Rand des Abgrundes standen. Die Verhältnisse im Wirtschaftsleben der ganzen Welt zeigen uns, daß die bisherigen Wirtschaftsformen nicht mehr am Platz sind. Man kann in einer schon vielfach gebundenen Wirtschaftsform nicht mehr einseitig das Profitstreben als Antrieb in den Vordergrund stellen. Das vertritt der durch die geradezu unheimlich anmutende Mechanisierung zusammengeballte Wirtschaftskörper und vor allem die immer größer werdenden Massen der Arbeitslosen nicht. Wohl ist es auch heute noch das Bestreben der Leute, die nachträglich die Betriebsmittel in der Hand halten, die alten Methoden weiterzuführen, in diesem Bestreben hilft ihnen leider ein Teil der heranwachsenden Jugend, weil sie den Versprechungen glaubt, die von dieser Seite so reichlich gemacht werden. Doch die in den Gewerkschaften zusammengeballte Arbeiterkraft weiß, daß sie sich nur dann behaupten kann, wenn sie zusammenhält und ihre Gesäße selbst lenkt. Dieses kann sie am besten tun, wenn sie noch mehr als bisher dafür sorgt, daß ihr Einfluß in den entscheidenden Körperlichkeiten nicht zurückgeht, sondern stärker wird. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit sind auch in unserm Verband die Ausgaben gewaltig gestiegen, die wiederum durch Beitragserhöhungen aufgebracht werden mußten. Nachdem Kollege Jäube li noch die Notverordnung gestreift hatte, kam er zu den drücklichen Angelegenheiten. Treu und redlich wurde trotz der schlechten Zeiten die Arbeit geleistet, und vor allem wurde Solidarität mit den Arbeitslosen geübt, was folgende Ausgaben beweisen: 700 M. an Reisende, 280 M. an hiesige Arbeitslose, 400 M. als Extrazustellung nach außerhalb. Am Schluß seines Berichts gab er den Kollegen eine Hoffnung auf den Weg, sie sollten versuchen, in alle Wirtschaftszweige einzudringen und geschlossener denn je zusammenhalten, um sich jeder Unterdrückung zu erwehren. Nicht die Organisation, nicht die Führer sind schuld an allem, sondern wir alle müssen einig und geschlossen da zusammenstehen, wo für unsre Interessen gekämpft wird. Dann wird auch unsre Organisation wieder stark und mächtig werden. Der Vorstand blieb bis auf eine kleine Veränderung derselbe. Im Interesse der Arbeitslosen wurde von einer Senkung des Ortsvereinsbeitrags abgesehen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung fanden schnelle Erledigung.

Wuppertal-Eberfeld. Inre Generalversammlung am 23. Januar war überaus stark besucht. Mit Genehmigung konnte der Vorstand feststellen, daß der Versammlungsbesuch in den letzten Monaten ein außerordentlich guter war. Unser Versammlungslokal, der Söral der höheren Handelsschule, ist stets bis auf den letzten Platz besetzt. Aber 70 Proz. der Mitglieder besuchten durchschnittlich die Versammlungen. Der Gesangverein „Gutenberg“ leitete mit zwei Liedervorträgen die Versammlung ein.

Zunächst brachte Vorstehender Weber einige Zirkulare des Gauvorstandes und des DVOB zur Kenntnis und machte u. a. Mitteilung von der beabsichtigten Kündigung des Mantelartikels seitens der Prinzingsleitung. Nunmehr erstattete der Vorstehende den Jahresbericht, aus dem folgendes festgehalten werden soll. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 469 und am Schluß 448 Kollegen. Arbeitslos waren am Ende d. J. im ganzen 219 Kollegen. Invaliden sind 31 vorhanden. Die Arbeitslosigkeit im Ortsverein hat zeitweise bis 50 Proz. betragen, und von den in Arbeit stehenden Kollegen arbeitet der größere Teil verkürzt. Am Schluß seines Berichts dankte der Vorstehende allen Funktionären und Vertrauensleuten für ihre treue Mitarbeit im Dienste der Organisation. Den Jahresbericht von der Verhlingsabteilung gab Kollege Bodefeld; ebenso berichtete dieser über die letzte Fachausschussung. Beide Berichte fanden die Zustimmung der Versammlung. Bei der Vorstandswahl erhoben die erwerbslosen Kollegen Anspruch auf Sitz und Stimme im Vorstand, dadurch wurde ein Beisitzer nicht wiedergewählt, an dessen Stelle trat ein Konditionsloser. Die beiden Vorstehenden, der Kassierer und der Schriftführer, ebenso der Verhlingsleiter wurden durch Zuruf wiedergewählt. Die Entschädigung des Vorstandes bleibt wie im Vorjahr. Der Ortsgruppe des Bildungsvorstandes wurden 300 M. für ihre Bestrebungen bewilligt, ebenso erhielt der Gesangverein „Gutenberg“ dieselbe Unterstützung wie bisher, 15 Proz. des Ortsbeitrags. Einen kleinen Abbau erfuhr das Ortsgebiet für die durchreisenden Kollegen. Es erhalten bis auf weiteres die Nichtbeschäftigten 1 M. und die ausgeleiteten Kollegen 1,50 M. aus der Ortskasse. Zum Schluß forderte der Kassierer des freiwilligen Umlageerfahrens in Sterbefällen, Kollege Bodefeld, zum Beitritt auf. Die Kasse erhebt einen Beitrag von 50 Pf pro Person für jeden Sterbefall und zahlt ein Sterbegeld von 200 M.

Allgemeine Rundschau

Kollektivanzug Berliner Großdruckereien auf die Arbeiterlosigkeit. Im Verlauf des von einigen Großdruckereien von Jaun geborenen Konflikts wegen des versuchten Abbaues der Arbeiterlosigkeit haben die Unternehmer ihre Taktik verschiedentlich gewechselt. Nachdem die ursprüngliche Lohnsenkungsforderung bedeutend herabgesetzt und auch damit kein greifbarer Erfolg bei den Personalisten erzielt worden war, wurde von Unternehmerseite der Versuch gemacht, das Reichsarbeitsministerium für ein Eingreifen in den Konflikt zu interessieren, was aber in jeder Beziehung vorbeigeführt. Nicht bloß, daß es die graphischen Arbeiterorganisationen rundweg ablehnten, etwaige Hilfsdienste zur Beilegung des Konflikts womöglich auf Kosten der Arbeiter zu leisten, auch das Reichsarbeitsministerium erklärte danach, daß es sich nicht veranlaßt fühle, eingzugreifen oder eine Schiedsinstanz einzusetzen. Die Einigung müsse vielmehr den Parteien selbst überlassen bleiben. (Diese seine Stellungnahme hat das Reichsarbeitsministerium den Unternehmern inzwischen auch schriftlich übermittelt und den graphischen Gewerkschaften in Abschrift zugestellt.) Daraufhin wurde von den Unternehmern erneut Stellung zur Situation genommen, und aus ihren neuerlichen Maßnahmen wurde alsbald erkennbar, welche Taktik nunmehr zum erstenmal Ziel führen soll. In verschiedenen Großbetrieben ging man nämlich dazu über, an einzelne Arbeiter oder Gruppen das Ansuchen zu stellen, sich mit dem Abbau der überzähligen Verdienste einverstanden zu erklären. Als das rundweg abgelehnt wurde, erfolgten Kündigungen. Bei der Firma Scherl (Nagelberg) sind 30 Gehilfen von der Kündigung zum nächsten Freitag betroffen. Weitere Kündigungen erfolgten in den Druckereien der „Berliner Botschaft“, der „Deutschen Tageszeitung“ und ferner bei den Firmen Esner und Vangenscheidt. In jedem Falle wurden von der Arbeiterlosigkeit entweder sofort entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen oder es stehen solche noch bevor. In der „Wochenzeitung“ kündigten sämtliche Maschinenleger, bei Vangenscheidt erklärte sich das Gesamtpersonal mit den Gehilfen solidarisch. Bei Esner, wo etwa 600 bis 600 Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder beschäftigt sind, reichten sämtliche Buchdrucker die Kündigung ein, nachdem die Firma ein Ultimatum, bis 11 Uhr die Kündigungen von fünf Gehilfen zurückzunehmen, abgelehnt hatte. Auch die dem Druckereibuchbinder unterstehenden Buchbinder erklärten sich solidarisch. Die Firma Mosse („Berliner Tageblatt“) hat es vorzogen, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen, die größte Firma Wolff AG. ist an dem Konflikt dank besserer Einsicht überhaupt nicht beteiligt. In den gesamten übrigen Betrieben steht der Konflikt jetzt sozusagen auf des Messers Schneide. Die Belegschaften sämtlicher Großdruckereien sind nach wie vor fest entschlossen, dem unmotivierten Vorgehen der Unternehmer durch Hochhaltung vorbildlicher Solidarität und gewerkschaftlicher Gesinnung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Wie wir bei Abschluß dieser Nummer noch ergehen, beschäftigen das Berliner Schiedsamt am Montagmittags zwei Feststellungsfragen, und zwar 1. gegen das Personal der Firma Esner wegen Tarifverletzung durch Massen-kündigung, und 2. der „Wochenzeitung“ gegen ihre Maschinenleger wegen des gleichen Delikts.

Zur Wirtschaftsfrage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Januar 1932 (herausgegeben am 17. Februar) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

| Verbände und Berufsgruppen | Arbeitslose am Ende des Monats | | Auszugeworfene am Ende des Monats | |
|----------------------------|--------------------------------|-----------|-----------------------------------|-----------|
| | Jan. 1931 | Jan. 1932 | Jan. 1931 | Jan. 1932 |
| Buchdrucker | 22,3 | 33,9 | 4,4 | 15,4 |
| Vitographen u. Steindruck | 26,8 | 44,5 | 14,9 | 23,6 |
| Graphische Hilfsarbeiter | 22,4 | 34,4 | 8,2 | 19,0 |
| Buchbinder | 25,5 | 39,7 | 33,0 | 33,0 |

Zur Arbeitsbeschaffung im Buchdruckgewerbe. Der Ortsverein Gera unseres Verbandes und die Ortsgruppe Gera des Deutschen Buchdrucker-Vereins richteten kürzlich eine gemeinsame Eingabe an die dortige Stadtverwaltung, in der um zweckmäßige Verteilung der amtl. öffentlichen Drucksachen gebeten wird. Nach einer Schilderung der schlechten Lage im Buchdruckgewerbe, speziell in den örtlichen Druckereien und der damit verbundenen tiefsten Arbeitslosigkeit der Gesellschafter, wird auf die geradezu erschreckende Vermehrung der Zwangsarbeit hingewiesen, die keine Gesellen beschäftigen. Die zahlreichen Miniaturdruckereien, die mit den beschiedenen technischen Mitteln arbeiten und unter Vorkaufsleistung jeglicher gesetzlicher Bestimmungen außer Arbeitszeit und dergleichen, treiben eine Schmutzkonkurrenz, der ein Betrieb mit Gesellen, also mit sozialen Verpflichtungen, Tariflöhnen usw. einfach nicht gewachsen ist. Leider wanderten auch amtliche städtische Drucksachen zum Teil in solche Druckereien, die, weil sie keine Lappen kennen, infolge ihrer schlechten „Billigkeit“ eine gewisse Bevorzugung finden, trotzdem die Inhaber meistens Nichtfachleute sind. Es sei zu bedenken, so heißt es dann in der gemeinsamen Eingabe der Geraer Prinzipale und Gesellen weiter, daß diese gesellenlosen sogenannten Buchdruckereibetriebe für die Allgemeinheit und damit für die Stadt keinen Gewinn darstellen. Sie schwächen nur die Druckereien, die bisher ihren Gesellen Lohn und Brot gaben, sie machen weitere Gesellen drohtlos, da sie, um billig zu sein, Gesellen nicht beschäftigen, dafür aber ihre Arbeitszeit je nach Geschäftslage beliebig erhöhen. Jeder geregelter Buchdruckereibetrieb ist für die Allgemeinheit von Wert, denn er muß kaufmännisch wie Missionspersonal beschäftigen, trägt die Krankenkasse, erfüllt alle sozialen Verpflichtungen, zahlt Invalditenversicherungs-, Arbeitslosenbeiträge, Berufsgenossenschaft usw. Der gesellenlose „Betrieb“ kennt dergleichen nicht. Aus all diesen Gründen wird an die Stadtverwaltung die Bitte gerichtet, nur solche Betriebe bei Vergabung städtischer Drucksachen zu berücksichtigen, die ständig Gesellen beschäftigen. Schließlich wird in der Eingabe noch auf das Auftragsverteilungssystem hingewiesen, das in der Nachbarstadt Jülich mit Erfolg seit Jahren gebahnt wurde. Die gleiche Regelung erscheine auch für Gera allen Beteiligten als erstrebenswertes Ziel.

Klagenanpruch eines Schriftgießerkreisforschers. Wie wir der Frankfurter „Volkstimme“ entnehmen, klagte vor kurzem ein Streikbrecher vor dem dortigen Arbeitsgericht den Judaslohn ein, der ihm vom Unternehmer versprochen worden war. Gegen Ende des Schriftgießerkreis im Jahre 1925 wurde der Geselle K. zum Streikbrecher, worauf selbstverständlich sein Ausschluss aus unserer Organisation erfolgte. Als Belohnung für den Verrat an seinen Kollegen war er zum Faktor in der Bayerischen Schriftgießerei avanciert und überdies sicherte ihm die Firma die gleichen Leistungen im Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefall zu, wie sie der Buchdruckerverband seinen Mitgliedsen gewährt. Sein Verrat hatte den Mann nicht vor der Entlassung geschützt. Er klagte jetzt auf Schadenersatz und Ausübung der von der Firma für ihn abgeschlossenen LebensversicherungsPolice. Der Standpunkt der Firma wurde am besten durch die Antwort eines der Firmeninhaber auf einen Preisgerichtsbeschluss des Richters gekennzeichnet: „Wir erfüllen unseren Vertrag, sonst nichts! Die gleichen Leistungen wie der Verband im Invaliditäts-, Krankheits- und im Sterbefall.“ Die Leistungen des Verbandes im Fall der Arbeitslosigkeit sind in dem Vertrag nicht erwähnt! Offenbar hat der Streikbrecher nicht daran gedacht, daß seine Einigkeit mit dem Unternehmer auch einmal in die Brüche gehen könnte. Jetzt bezeichnete ihn der Prozessvertreter der Firma als einen Mann, der nicht die moralischen Qualitäten besitze, die man von einem Faktor verlangen könne. Er habe mehrfach die ihm unterstellten Arbeiter angepöppelt. Wieder an der Gießereimasse zu arbeiten, habe er abgelehnt. Der Ausgang des Prozesses dürfte kaum zweifelhaft sein. Der Mann wird den Lohn erhalten, der einem Streikbrecher gebührt. Nach seinem Ausscheiden aus dem Betrieb erlischt nach dem Vertrag die Verpflichtung der Firma zur Leistung im Invaliditäts-, Krankheits- und Sterbefall. Die Prämie für die Lebensversicherung darf er selbst weiter zahlen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Grenzsperrung des österreichischen Verbandes. Wie uns vom Vorstand des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Setzungsarbeiter mitgeteilt wurde, ist dieser infolge einer Arbeitslosigkeit von 30 Proz. der Mitgliedschaft und der dadurch bedingten finanziellen Verpflichtungen gezwungen, vom 1. März d. J. an die Grenzen für die Zureife nach Österreich zu sperren.

Kostenaufbau, Kostenentzug, Preisgestaltung. Zu vorstehendem Thema veranstaltete das gemeinnützige Reichsinstitut für Wirtschaftlichkeit in Berlin und der Ver-

band der Dozenten für Betriebswirtschaftslehre an deutschen Hochschulen, unter Mitwirkung führender Verbände auf Unternehmer- und Arbeitnehmerseite am 3. und 4. März d. J. eine Disputationstagung in Berlin. Die Entwicklung der Preise am Weltmarkt sowie die Preisbewegungen im Preis- und Kosteneingang der deutschen Wirtschaft auf Grund der letzten Notverordnung lassen eine solche grundsätzliche Klärung der obengenannten Frage durch Praktiker und Theoretiker bei einer neutralen und objektiven Stelle als geboten erscheinen. Der einleitende Vortrag wird am 3. März von Professor Dr. Gehmayer (Köln) über „Die Gesetzmäßigkeit im Aufbau der Kosten“ gehalten. Es folgen dann Berichte über den Aufbau und die Gliederung der Kosten in verschiedenen Wirtschaftszweigen unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas für den Kostenaufbau. In der anschließenden Disputation werden die Vertreter der Praxis auf Grund ihrer besonderen Erfahrungen an Hand von Einzelbeispielen den Einfluss der verschiedenen Kostenarten auf die Kalkulation erläutert. Die Zusammenfassung der Erörterungen erfolgt durch Dr. Raas. Der 4. März bringt zunächst Berichte von Betriebswirtschaftlern über die einzelnen Kostenfaktoren und dergleichen. Daran schließen sich verschiedene Referate. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, wird das Thema „Technik und Entwicklung der Preisentzug“ behandeln. Zu den Referaten der Hochschullehrer werden in der Disputation wiederum Vertreter der Praxis sowohl aus den Betrieben als auch von den Verbänden der Unternehmer und Arbeitnehmer Stellung nehmen. Eine abschließende Zusammenfassung der Tagungsergebnisse wird das geschäftsführende Vorstandsmitglied des RkV, Herr Otto D. Schaefer, vornehmen. Die Tagung findet im Langenbeck-Strichhaus (Berlin NW, Luisenstraße 55-59) statt und beginnt um 9 Uhr vormittags.

Ergebnis der Berliner Kältewoge für die Eisenerzfront. Nach vorläufigen Feststellungen der Gausleitung Berlin des Reichshandlers haben sich in der Zeit vom 31. Januar bis 14. Februar in den Sammelstellen 263.436 Personen in die Eisernen Bücher eingetragen. Diese Ziffer wird sich noch um einige Hunderte erhöhen, da noch einige Listen ausstehen. Dieses Ergebnis bedeutet sowohl in propagandistischer als auch in finanzieller Hinsicht einen alle Erwartungen übersteigenden Erfolg.

Beauftragte Einführung der Fünftagewoche in Amerika. Im Repräsentantenhaus wurde vom Abgeordneten Britton der Antrag eingebracht, den Präsidenten zu ermächtigen, den Sonnabend zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Der Antrag bewirkt, durch Einführung der Fünftagewoche die Zahl der Arbeitslosen herabzubringen.

Kurze politische Zeitnotizen. Der Völkerverbundrat in Genf beschloß nach ausgedehnter Debatte auf Antrag Chinas die Einberufung der Vollversammlung zum 3. März. — Am 3. März wurde die Frist für die Aufstellung der Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl ablaufen, falls der 13. März als Wahltag festgelegt wird. — Die erste Ausübung der parlamentarischen Republik wird allgemein als ein Vorstoß Japans in die Weltpolitik bewertet, dazu bestimmt, die Entwicklung des östasiatischen Kontinents in eine neue Bahn zu lenken. — Die Bank von England, die schwedische Reichsbank sowie die Bank von Norwegen haben ihre Diskontsätze von 6 Proz. auf 5 bzw. 5 1/2 Proz. ermäßigt.

Verchiedene Eingänge

„Graphik Revue.“ Technisches Zeitschrift für die Buchdrucker-Verbande in Skandinavien. Gemeinnützig herausgegeben vom Schwedischen Zweigverband, Dänischen Zweigverband und dem Norwegischen Zentralverein für Buchdrucker. Heft 4.

„Die arbeitslose Kugel.“ Bismarckdenkmal-Zeitschrift für arbeitslose Mitbürger. H. Jahnmann, Nr. 1, Preis: Umschlag 20. Verlag: „Volkswirtschaft“ Monatsheft 1, 10. Schilling. Berlin: Witten VII, Am Zandlensied 22/17.

„Ankurbulle.“ Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Heft 2. Verlag der Verlagsgesellschaft (H. Weitzel). Preis vierteljährlich 1 M. Einzelnummer 40 Pf. Durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen.

„Gewerkschafts-Kalender.“ Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jähne. Verlag: Gewerkschafts-Verlag, Jena, 9. Jahrgang, Band 10, Heft 2. Preis jedes Heftes 1,50 M.

„Neue Hälften für den Sozialismus.“ Zeitschrift für geistige und politische Weltkultur. Herausgegeben von Günter Weismann, Fritz Jähne, Kurt Zisch. 3. Jahrgang, Heft 2. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Die „Gesundheit“ wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten unentgeltlich ausgedient.

„Der sozialistische Alkoholiker.“ Zeitschrift des Deutschen Arbeiterbündnisses, Berlin 10, Engelkestr. 24/25 (Gewerkschaftsbüro), 30. Jahrgang, Heft 1.

Briefkasten

S. Z. in V. Die erhaltene Ansicht genaug vollständig, da es sich nur um eine Anziehung handelt, inhaltliche Bewertung also nicht in Betracht kommt; für die Schnelligkeit der Beantwortung wird besonders dankt. — M. H. in V. Da die Beweisaufnahme an erheblicher rechtlicher Schwierigkeit ebenfalls zu machen ist, ist die Beantwortung von der Redaktion nicht ausnahmsweise an die Redaktion, kann Aufnahme nicht ausfallen werden. — R. H. in V. Möglich ist durch betreffende Zentralverband eine einheitliche Organisation; aber das nur in dem genannten Sinn möglich und erfolgreich werden kann, ist die Beantwortung von der Redaktion nicht ausnahmsweise an die Redaktion, kann Aufnahme nicht ausfallen werden. — J. H. in V. Die Forderung von J. ist doch nicht neu; ihre Stelle ist der Identifizierung der freien Gewerkschaft, bedarf also gar keiner weiteren Erklärung. Müssen daher Aufnahme ablehnen. — J. H. in V. Kann erst in nächster Nummer berücksichtigt werden. — S. H. in V. Wegen Auf der Zulassung des „vertraulichen“ Briefverkehrs des Sektionsrats Sekretariats des Gewerkschaftsbundes an „einer Hauptredaktion“ und den „Kopien“, seien „Anhalt“ unter dem alten bekannten „Hilfsverband“ „übertragen“ zu unklarer geschäftlicher Zwecken. Selbstverständlich und verstanden war ja noch immer das „trauliche“ Handverlei der Brüder in Westfalen. — R. H. in V. Juli. 148: 6 M. — Fr. H. in V. Juli. 152: 9,30 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145, Postkonto: Platz der Arbeiter, Angellstraße und Beamtent. Nr. 66, Berlin S 34, Poststraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1032 87 (S. 24).

Stellmittler einstellen!

Zusätzlicher Einigungstermin für Februar 8. März. Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen 27. Februar. Auf richtige Frankierung ist zu achten.

Abreffenveränderungen

Glogau. (Maschinenfabrik, Bezirk und Ort.) Vorsitzender: H. Seibenhauer, Gutenbergstraße 11; Kassierer: P. Walter, Preußische Straße 12.

Wien. Vorsitzender: Johannes Zimony, Stuhlgasse 7; Kassierer: Leonard Walter, Seidenstraße 11a.

Heise- und Arbeitslosenunterkunft

Hauptverwaltung. Dem auf der Heise befindlichen Zehner A u d o g e (Sondernummer 133 70) geht in Berlin am 3. April 1932, ist das Verbandsbuch abzunehmen und an die Hauptverwaltung, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, einzuliefern. Jedem die Bescheinigung ist 2. nicht auszustellen. Kambroger a. d. W. Die Auszahlung der Unterzinsen für Durchreisende findet vom 1. März an dieser Artge werden bis 31. März in der Herberge zur Heimat (Waldzimmer), Zähringstraße 9, statt. Schwab-Gmund. Die Auszahlung des Platzums am Durchreisende erfolgt während der Wochentage mittags 12 Uhr in der „Heime Zeitung“. Von Sonnabendmorgens ab und Sonntags beim Disziplinaristen A o n i a n t i n u s F a r e l e, Zehrerstraße 3.

Berichtungs-Kalender

Mitglieder. Berlin am 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Saal des Volkshauses „Rebel“, Saal 1, Dresden. A u d o g e v o r t r a g a m 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen „Eriantonsaal“ (Industriehaus), Eingang Schillingstraße.

Hamburg. A u d o g e v o r t r a g a m 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Saal der „Reinholdstr.“, Hauptweg 10/11.

Ankenrade. Berlin am 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Grafhof.

Weimar. R u d o l f W e i n e r a v e r t r a g a m 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Wiesbaden. A u d o g e v o r t r a g a m 11. u. 12. Sonntag, den 27. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Kantinenlokal“, Sonnenberger Straße (Saal 1, Süd-Ende). — A e t r i s J ä h n e h a n d v e r t r a g a m 11. u. 12. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 16
(24. Februar 1932)

Arbeits- Forderungen der freien Gewerkschaften (Werte, Umfang der Bundesausstattung des RkV).

Für die Betriebsratstätigkeit: Wirtschaftliche Arbeitslosigkeit des Betriebsrats. — Strafen nach der Arbeitsordnung.

— Zahlung eines Ersatzmehrwertes. — Betriebsrat im Aufschub. — Arbeitslosigkeit im Betrieb. — Entlassung infolge verheirateter Frauen.

Korrespondenzen: Dresden (S.). — Lübeck. — Magdeburg. (M. S.). — Mannheim. — Morienburg. — München. — Neuenbüren. — Schmörnitz (S.). — Stendal. — Tilsit. — Wittenberg (S.).

Handlungs-Kalender: Vorkurs der Berliner Gewerkschaften auf die Übertrittswoche. — Zur Arbeitsbeschaffung im Buchdruckgewerbe. — Klagenanpruch eines Schriftgießerkreisforschers. — Grenzsperrung des österreichischen Verbandes. — Preisgestaltung. — Ergebnis der Berliner Kältewoge für die Eisenerzfront. — Beauftragte Einführung der Fünftagewoche in Amerika. — Kurze politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen follegaler Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Codeanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweils nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 70

Handfegervereinigung Frankfurt a. M.
Sonntag, den 28. Februar, vormittags, 10 Uhr, im kleinen Saal des Restaurants „Goldener Mann“, Altkönigsstraße 24.

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen, 2. Jahresberichte: a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Neuwahlen, 3. Entlassung des Vorstandes, 4. Neuwahlen, 5. Beschlußfassung über eintragene Anträge, 6. Berichtlesen.

Bestimmtes Erscheinen wird allen Kollegen zur Pflicht gemacht. Der Vorstand.

Leipzig

Waldenfabrikvereinigung
Sonntag, den 28. Februar, vormittags pünktlich 10 Uhr, im Saal des „Volkshauses“.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Notverordnung und Sozialversicherung“. Referent: Herr Dietz Thoen, 2. Vereinsmitteilungen, 3. Beschlußlesen.

Am recht zahlreichen Besuch bitte! Der Vorstand.

Humvoll. Kollegen-Zeretz

Berliner Wit-Trio
11 Hiers Witten!
Hm. Neustädt. Zandstraße 74-76

Sechschiffe Schiffsgehe, Auszubehnder, Maschinenband liefert Carl Siegel, München 9, Kolonnenstraße 1.

Nach kurzen, schweren Krankentagen verfiel am 17. Februar unser Ehekollege 147

Benno Pantfisch
im 37. Lebensjahre. Wir ehren sein Andenken.

Die Kollegenchaft der Firma F. Pankfisch, Berlin.

Offiziel. und Siebdruck

als Berechnungsgrundlage behandeln die Preise 23 und 24 des Preisverzeichnisses für Druckereibetriebe, Preis des Sonderdruckes 4 M. für Mitglieder des Bildungsvereines 3 M.).

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SV 61, Dreibundstraße 5.

Am 17. Februar verstarb unser lieber Kollege, der Maschinenfeger 150

Walter Köhler
aus Lauenburg, im 61. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Das beste Fortbildungsmittel

sind die Fertigkeit des Bildungsverbandes. Probeschule durch den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Am 17. Februar verstarb nach längerem Krankentage unser lieber Kollege, der Maschinenfeger 148

Walter Köhler
aus Lauenburg, im 61. Lebensjahre.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Herbeidrecker Maschinenfegerverein (Zitz Hamburg).

Handwalzen

Sellenantragwalzen

Verlag des Bildungsvereines d. D. S. Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Unverändert verstarb nach langen Krankentagen am 10. Februar unser lieber Kollege, der Druckereibetrieb 142

Georg Schwarz
im Alter von 66 Jahren.

Seit dem Jahre 1896 gehörte er unserer Organisation an und war ein treuer, treuer Kollege, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

H. v. Mannheim.

Am 20. Februar verstarb nach kurzer Krankheit ein weiterer Kollege und Senior des Vereins und Ortsvereins, der Gehelnschreiber 152

Anton Caeter

langjähriger Inhaber des „Landauer Anzeigers“

im Alter von 69 Jahren, über 60 Jahre lang der treue Mitarbeiter und nicht auch nach seinem Ausscheiden aus dem beruflichen Leben noch großen Anteil an allen Vorkommnissen unseres Verbandes.

Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

H. v. Neustadt a. d. S. d. H. v. Zandau (Pfalz).